

Marburg, 14.09.2010

Eingang: 15.09.2010

SPD-Fraktion

TOP:

Lfd.Nr. 617/2010 KT

Antrag zur Kreistagssitzung

Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Keine Verlängerung der Atomkraftwerklaufzeiten"

Beschluss:

Der Kreistag beschließt:

1. Der Kreistag Marburg-Biedenkopf fordert die Bundesregierung auf, ihr Konzept der Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken sofort zurück zu nehmen weil es dem begonnenen Umbau der Energieversorgung in Deutschland gefährdet und damit auch Arbeitsplätze im Kreis gefährdet.
2. Der Kreistag Marburg-Biedenkopf fordert die hessische Landesregierung auf, sich der Klage anderer Bundesländer vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die Verlängerung der Atomkraftwerklaufzeiten anzuschließen.
3. Der Kreistag fordert den Landkreistag auf, sich dem Protest anzuschließen.
4. Der Kreistag fordert alle Vertreter im Aufsichtsrat von E.ON-Mitte auf, auf eine Nichtausnutzung der Möglichkeit der verlängerten Laufzeit zu drängen.

Begründung:

Die Atomenergie ist eine rückwärtsgewandte Technologie. Das Problem der Endlagerung ist bis heute nicht gelöst. Die großen Energiekonzerne werden nicht zu den Kosten der Zwischen-/ Endlagerung herangezogen.

Auch der Landkreis ist durch diese Entscheidung direkt betroffen. Auf www.tagesschau.de wurde der Vorsitzende der Stadtwerkevereinigung 8KU, Albert Filbert mit den Worten zitiert: *"Unsere Investitionen in Kraftwerke sind im Glauben auf politische Verlässlichkeit gesche-*

hen." Durch die längeren Laufzeiten sinke die Auslastung der städtischen Kraftwerke erheblich. "Die Entscheidung entzieht auch allen künftigen Investitionen in Kraftwerken die Grundlage." Bis 2030 sei so viele Erzeugungskapazität vorhanden, dass es keine neuen Bauvorhaben geben werde. "Der Wettbewerb ist damit quasi tot."

In einer Stellungnahme, die der FR vorliegt, führt Filbert aus, es gehe Eon und Co. darum, „lästige Wettbewerber“ loszuwerden und „gleichzeitig die erneuerbaren Energien zu domestizieren, damit diese nicht – wie vorgesehen – die Kernenergie sukzessive verdrängen“.

Auch die Stadtwerke in Marburg klagen über den nun folgenden Mangel an Wettbewerb. Die Weiterentwicklung der erneuerbaren Energien sei auf das schärfste gefährdet. Die Stadtwerke mit ihrer regenerativen Energieproduktion vor Ort sind für das Ziel des Landkreises bis 2040 energieautark zu werden von entscheidender Bedeutung.

Nicht zuletzt sollten auch die Ängste der Bürgerinnen und Bürger im Landkreis vor den Unwägbarkeiten der Atomenergie bedacht werden. Selbst wenn in Marburg-Biedenkopf direkt kein Atomkraftwerk betrieben wird, so wäre der Landkreis (wie der Rest Deutschlands) dennoch von einem GAU betroffen.

Begründung der Dringlichkeit:

Die Dringlichkeit des Antrages begründet sich in dem von der Bundesregierung erst am 06.09.2010 beschlossenen Plan, die Laufzeit der Atomkraftwerke in Deutschland um 8 bis 14 Jahre zu verlängern. Der Verkündungstermin war nach Ende der Antragsfrist.

gez.
Werner Hesse
Fraktionsvorsitzender